

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter  
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 20.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1842.  
Redaktion u. Expedition: Burgstr. 9, Hannover.  
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Kieca, Hannover.  
Druck von Dürrke & Lüder, Hannover.

Hannover,  
15. Mai 1903.

Abonnementspreis pro Quart: 50 Mk., unter Nr. 6.  
2 Mk.; f. d. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.  
20 Pf. — Geschäfts-Inserate: die sechsgep. Petitzeile  
30 Pf., b. Wiederh. Rabatt. And. Inserate die Petitzeile 20 Pf.

13. Jahrg.

## Der Verband im Jahre 1901 und 1902.

Der Stillstand in der Mitgliederbewegung des Verbandes, den wir zu Anfang dieses Jahres konstatieren mußten, als erst die Abrechnungen über die ersten drei Quartale vorlagen, hat im letzten Quartal einem erfreulichen Aufschwung Platz gemacht. Die Zunahme an Mitgliedern beträgt im letzten Quartal 1902 1408 Mitglieder, die Zunahme im ganzen Jahre 1453. Es scheint und wir wollen es hoffen, daß der Aufschwung weiter oder wenigstens annähernd so anhält, denn nach den vorliegenden Berichten zu urtheilen, werden wir im ersten Quartal 1903 wieder eine Zunahme von ca. 1000 Mitgliedern zu verzeichnen haben; die Mitgliederzahl, welche Ende des Jahres 1902 betrug, wird im ersten Quartal 1903 die 15 000 voraussichtlich überschreiten.

So sehr man sich über diese Entwicklung freuen kann, so muß man diesen Fortschritt als selbstverständlich voraussetzen, ja noch als zu gering betrachten in Rücksicht auf das Ausbreitungsgebiet des Verbandes und das große Agitationsfeld, das noch vor uns liegt. Thatsächlich müßte die Zunahme an Mitgliedern eine weit größere sein, schon allein in Rücksicht auf die Zahl der Eintritte, wenn auch in dieser Beziehung das Verhältnis ein besseres ist, als im Jahre 1901. Das Verhältnis in den beiden Jahren ist folgendes:

	Im Jahre	
	1901	1902
traten ein männliche Personen . . .	4 956	4 420
weibliche . . .	16	65
wurden wieder aufgenommen männl. . .	32	34
Eintritte insgesamt . . .	5 004	4 519
Die Mitgliederzunahme betrug . . .	287	1 453
Mitgliederverluste . . .	4 717	3 066
Mitglieder am Jahres-schluß . . .	12 804	14 257
Darunter weibliche . . .	14	63

Obwohl die Zahl der Eintritte im Jahre 1901 um 486 höher war, ist die Mitgliederzunahme um 1166 niedriger, als im Jahre 1902. In den zwei Jahren zusammen sind also bei 9523 eingetretenen Mitgliedern 7783 dem Verbands wieder verloren gegangen. Unter den Ursachen dieser bedauerlichen Thatsache ist, wenn wir die wirtschaftliche Depression außer Betracht lassen, eine, und zwar die Hauptursache: der sträfliche und verwerfliche Egoismus, auf welchen immer wieder hingewiesen werden muß, einerseits, um denen, die es angeht, das Gewissen zu schärfen, sie an ihre Ehrenpflicht als Arbeiter zu mahnen, andererseits, um die aufgeklärten organisierten Brauereiarbeiter auf diese trübe Fluth sträflichen Egoismus hinzuweisen, die alljährlich eine große Zahl gewonnener Mitglieder wieder fortschwemmt. Diese trübe Fluth einzudämmen, die Quelle zu verstopfen, den Egoismus unter den Brauereiarbeitern auszurotten, die vom Verbands in dreimal 24 Stunden die ewige Seligkeit und noch ein paar hundert Mark dazu erwarten, oder denen eine augenblicklich erreichbare Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht genug ist, oder die es bei erfolgter Besserung mit einer gewissen Sparten-dreistigkeit für selbstverständlich halten, daß sie nun nicht mehr zu säen, nicht mehr dem Verbands angehören brauchen, der nach ihrer Meinung dazu da ist, ihnen, die selbst nichts dazu thun, nicht nur die verbesserten Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten, sondern auch weiter zu verbessern, wobei sich diese Sorte Spartenmenschen dann allergnädigst herbeiläßt, sich an den gedeckten Tisch zu setzen und es sich daran wohl sein zu lassen — diese trübe Fluth sträflichen Egoismus einzudämmen, die Quelle zu verstopfen, den Egoismus unter den Brauereiarbeitern auszurotten, die wegen 30 Pfennige Beitrag wöchentlich sich selbst, die Arbeitskollegen und die Organisation verrathen und schänden, und ihnen Ehr- und Pflichtgefühl und Solidarität beizubringen und in ihnen zu fördern, muß sich jeder aufgeklärte organisierte Brauereiarbeiter zur Lebensaufgabe machen. In demselben Maße, wie der Erfolg ist, wird auch die Quelle der hier ziffernmäßig nachgewiesenen Fahnenflucht verstopft.

Nun trifft diese Kennzeichnung ja selbstverständlich und in noch größerem Maße auch auf Jene zu, die sich, trotzdem die Organisation für sie wirkt und ihnen direkt und indirekt Verbesserungen schafft, um den Verband überhaupt nicht scheeren und sich lediglich in der Rolle der — Mitgenießer gefallen. Doch von diesen später.

Die Klassenverhältnisse des Verbandes haben sich gegen das Vorjahr gebessert, doch nicht in dem Maße, als es wünschenswerth wäre, wenn man den Werth

einer gut gefüllten Kasse für die Organisation, für die Durchführung ihrer Bestrebungen, ohne eine derselben bei ungünstigeren Zeiten vernachlässigen zu müssen, zu würdigen weiß. Die Ausgaben sind gegenüber den Einnahmen größer als im Vorjahre, wenn auch nicht erheblich, dementsprechend auch der Ueberschuß geringer, obwohl für Streiks nur ungefähr die Hälfte der Summe des Vorjahres ausgegeben wurde. Es betrug:

	Im Jahre	
	1901	1902
die Einnahme an Eintrittsgeldern . . .	5 059,—	4 553,50
Beiträgen . . .	145 726,59	153 177,13
sonstige Einnahme . . .	5 408,43	8 636,53
Gesamteinnahme . . .	156 194,02	166 367,16
Gesamtausgabe . . .	131 304,42 <sup>1)</sup>	143 582,47
der Ueberschuß . . .	24 889,60 <sup>2)</sup>	22 784,69
das Vermögen am Jahres-schluß . . .	87 257,31	110 255,29

<sup>1)</sup> Ohne die 2000 Mk., die dem Internationalen Unterstützungsfonds zugewiesen wurden.  
<sup>2)</sup> Mit den obigen 2000 Mk. und 75,48 Mk. Zinsen vom Internationalen Unterstützungsfonds.

Nach dem durchschnittlichen Mitgliederbestand, im Jahre 1901 12 121, im Jahre 1902 13 189, betrug pro Mitglied im Jahre:

1901 der Ueberschuß	2,06 Mk.,	das Vermögen	7,20 Mk.
1902	1,73		8,36

Die Ausgaben für Unterstützungszwecke sind, ohne Streikunterstützung, im Verhältnis der Mitgliederzahl ziemlich dieselben geblieben, die Ausgaben für Streiks im Verufe um mehr als die Hälfte geringer als im Vorjahre. Die Unterstützungssummen beweisen, was der Verband auch in dieser Beziehung für die unterstützungsbedürftigen und berechtigten Mitglieder leistet hat und welchen Nutzen die Brauereiarbeiter von der Zugehörigkeit zur Organisation haben. Es wurden gezahlt:

	Im Jahre	
	1901	1902
An Krankenunterstützung . . .	22 320,95	24 377,40
Arbeitslosenunterstützung . . .	24 491,40	23 739,—
Gemahregelungenunterstützung . . .	5 286,95	3 983,13
Unterstützung in Nothfällen . . .	1 709,25	1 570,90
Umzugskosten . . .	1 044,20	788,65
Rechtschutz . . .	1 305,21	3 396,53
Zusammen: . . .	56 697,96	57 855,61
Dazu Streikunterstützung . . .	12 781,74	5 626,90
Unterstützung insgesamt . . .	69 479,70	63 482,51

Damit sind jedoch die Unterstützungen noch nicht erschöpft, denn wer will leugnen, daß die Ausgaben für Agitation und die Unkosten zu den Lohnbewegungen nicht auch Unterstützungen der Mitglieder sind? Die Ausgaben für Agitation sind Unterstützungen insofern, als sie ein Mittel zur Stärkung und Vergrößerung des Verbandes sind, und eine solche ist ein Vortheil für die Mitglieder, der sich in dieser und jener Weise über kurz oder lang in Form von Lohn erhöhungen, Verbesserung der Arbeitsverhältnisse an dem einen oder anderen Orte fühlbar macht, bezw. an dem Orte der Agitation selbst. Die Unkosten zu den Lohnbewegungen in der Hauptklasse und den Zahlstellen, die Ausgaben für Reisen zu Unterhandlungen u. s. w., die Ausgaben für Sitzungen während der Lohnbewegungen in den Zahlstellen sind Unterstützungen, die den Mitgliedern nicht direkt ausgezahlt werden, aber ihnen bei Tarif- und Verhandlungsabschlüssen mit den Unternehmern in Form von Lohn erhöhungen zc. in weit höherem Maße zufließen, als diese Summen selbst ausmachen.

1901	12 366,50 Mk.	12 726,26 Mk.
Dazu die sonstige Unterstützung	69 419,70	63 482,51
Summa: . . .	81 786,20 Mk.	76 208,77 Mk.

Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Erhöhung der Löhne, Bezahlung der Ueberschüssen und der Sonntagsarbeit, oder Verkürzung der Arbeitszeit und der Sonntagsarbeit, oder Mehreres oder Alles zugleich, theils nach vorausgegangener Maßregelung von Mitgliedern und darauf gestellter Forderung, theils durch Streik bei Nichtbewilligung berechtigter Forderungen, größtentheils aber im Wege der Unterhandlungen, verschiedentlich durch Tarifabschlüsse auf eine bestimmte Zeitdauer, wurden trotz der wirtschaftlichen Depression in ansehnlicher Anzahl erzielt. Im Jahre 1901: in Rehau (Aktienbrauerei, mit Streik); Celle (Brauerei Schilling); Delitzsch (Brauerei Uhlmann); Kaiserslautern (Malzfabrik Gelbert, mit Streik); Breslau (Jnnungs-Malzhaus); Eisenberg (Kommunebrauerei); Delitzsch (Brauerei Krause); Zwickau und Umgebung (Tarif auf

2 Jahre); Barmen (Brauerei Dierichs, mit Streik); Gotha (Malzerei Horenburg); Langensalza (Brauerei Peterllie); Brannenburg (Schloßbrauerei, mit Streik); Ludwigshafen (Malzfabrik Ströble, mit Streik); Neutlingen (Brauerei Scheytt, mit Streik); Sonneberg (Brauerei Heubach); Memel (Aktienbrauerei); Münchberg; Tullingen (Brauerei Zeeb); Hannover (bezgl. § 616 B. G. B.); Hohnstadt (mit Streik, die Vortheile erhielten jedoch die Nachfolger); Kiel; Koblenz (Brauerei Königsbach); Pirna (Bergschloßbrauerei); Heidelberg (Brauerei Schrödl und Aktienbrauerei); Kiel (Löwenbrauerei); Mainz (Schöffershofbrauerei); Gemelingen; Schwabach (Brauerei Leithner); Tullingen (Brauereien „Zum Pfauen“, „Zur Traube“, „Zum schwarzen Adler“); Greiz (Tarif für 2 Jahre); Hamm (Brauerei Mart, auf 1 Jahr); Biberach; Dortmund (Mitterbrauerei, mit Streik); Eßlingen (Brauereigesellschaft); Münchberg (Brauerei Bischoff); Krefeld (Brauerei Peter, mit Streik); Hof (Brauerei Langheinrich); Memmingen (Brauerei Rbster, mit Streik); Dresden (Hofbrauhaus, Meisewitz und Feldschlößchen, Nichtausstellung der Mälzer); Prag (Sternbrauerei); Lüneburg (Brauerei Hasenburg, mit Streik); Schwenningen (Bären- und Sternbrauerei); Bremen (Vereinbarung durch Schiedspruch des Gewerbegerichts nach vorhergegangenem partiellen Streik); Dresden (Brauerei Döring, mit Streik); Hamm (Brauerei Jfenbed); Hof (Brauerei Deininger und Union); München (Kapuzinerbrauerei, mit Streik); Erfurt (Spatenbrauerei, mit Streik, und Aktienbrauerei); Spillenburg (Brauerei Glück auf, mit Streik); Hildesheim (Aktienbrauerei); Ingolstadt (Bürgerl. Brauhaus); Lüneburg (Kronenbrauerei, mit Streik); Weimar (Feldschlößchenbrauerei, mit Streik); Heilbronn (Brauerei Gluck, Tarif auf 3 Jahre); Wanne (Brauerei Zengerling); Triemmersheim (Brauerei Rheingold); Halberstadt (Goldbach- und Stadtbrauerei); Kulmbach; Hirschach (mit Streik); Dresden (Polnisches Brauhaus); Wolfenbüttel; Dessau (Brauerei Gebr. Schade); Köln-Lindenthal (Brauerei Winter); Bayreuth (Brauerei Glent und Akt.-Brauerei); Ruhrtort (Böhmer-Brauerei, mit Streik); Braunschweig (Brauerei Krüger); Kottbus (Genossenschaftsbrauerei, Brauerverband und Vereinsbrauerei); Freiburg i. B. (Löwenbrauerei, mit Streik); Hildesheim (Mauritiusbrauerei); Langensalza (Brauerei Markgraf); Memmingen (Brauerei z. Engel); Galkertstadt (Brauerei Gerloff); Eilenburg (Stadtbrauerei); Necklinghausen (Bergbrauerei); Kitzingen (Chemanns Brauerei, mit Streik, die Vortheile erhielten die Nachfolger); Mainz; München (Klosterbrauerei, mit Streik); Kassel (Hessische Aktienbrauerei); Elberfeld-Barmen; Bernried (v. Wendland'sche Brauerei); Langenberg, Reuß; Düsseldorf; Schwenningen (Bärenbrauerei, mit Streik, Vereinbarung auf ein Jahr); Eßlingen (Weißbierbrauerei, mit Streik); Plochingen (Waldbornbrauerei); Dortmund (Gewährleistung der Koalitionsfreiheit ???).

Das sind Auszüge aus der „Bräuer-Zeitung“, die jedoch nicht vollständig sind, da der günstige Ausgang mancher Bewegung gar nicht mitgeteilt wurde. Streiks fanden außerdem noch statt wegen Lohnforderungen in Tölz, Weissenburg a. S., Salzingen, Ueckendorf, theils mit theilweisem, theils ohne Erfolg. Wegen Maßregelung fanden Streiks ohne Erfolg statt in Hof, Spillenburg, Pirna und Eickel in je einer Brauerei. Von der großen Zahl sonst vorgekommener Maßregelungen wurden eine ansehnliche Zahl rückgängig gemacht, theils durch Streik, wie in Gera, Bürgerliches Brauhaus, Dortmund, Pöhnigbrauerei, Stuttgart, Brauerei Rettenmaier, die übrigen im Wege der Verhandlungen. Von der größten Zahl rückgängig gemachter ungerechter Entlassungen ist erklärlicher Weise keine Mittheilung gemacht worden.

Im Jahre 1902 wurden Erfolge erzielt: in Groß-Gerau (Abwehr einer Verschlechterung); Naumburg (Brauerei Hartung); Heilbronn (Verbot des Bierausfahrens an Sonntagen für die Wintermonate); Bamberg (Löwenbrauerei, mit Streik); Berlin (Einhaltung der Vereinbarungen für Brauer); Naumburg (Brauerei Henne); Naumburg (Bill-Brauerei, Einhaltung der Abmachungen für die Kutscher betr. Eismitnahme, mit Streik);



Preis (Bilshalbrauerei, für die Bierfahrer); Düsseldorf; Kall (Brauererei Katharinenburg); Bamberg (Bärenbrauerei); Dresden (Hofbrauhaus, Flaschenkeller); Fürstenaalbe (Bogenhofer); Darmen (Brauererei Hof); Fürstenaalbe (Brauererei Stimmung); Remscheid (Brauhaus, Abwehr der beabsichtigten Lohnkürzung); Soltau; Nürnberg-Fürth (Tarif auf 4 Jahre); Warmen (Brauererei Hohlmann); Meissen; Coesfeld; Leipzig (Brauererei Naumann, Flaschenkeller und Flaschenkellerarbeiter); Oberstaufen; Kulmbach (Einhaltung der Vereinbarungen, Anerkennung der Organisation und des Arbeitsnachweises); Göttingen (Brauererei Tivoli); Hohenaschau; Weisach; Jenbach; Schwabmünchen; Nürnberg (Brauererei Strobel u. Wagner, Müggeldorf, Tarif auf 4 Jahre); Anderten; Altken; Schwabach (für die Bierführer der Brauerereien Forster, Quinat und G. Leithner); Ogersheim (Brauererei Gant, abwechselnd aussetzen); Berlin (Einigungsamt und Regelung des § 616 B. G. B.); Rempten (Brauererei zum Schützen); Zwickau und Umgegend (Tarif auf 4 Jahre vom 1. Januar 1903 ab); Oschersleben (Brauererei Storchshöhe, Abwehr der beabsichtigten Lohnkürzung).

Auch hier ist die Liste nicht vollständig, da man von verschiedenen Verbesserungen nur unzulänglich und so spät hört, daß die Veröffentlichung nicht mehr von Interesse ist. Streiks fanden statt in Naumburg, Gennebrauerei; Vörsburg, Kronenbrauerei, und Rosenheim, Angerbräu, und zwar sämtlich wegen Maßregelungen. Die Wiedereinstellung in diesen Fällen wurde nicht bewirkt, jedoch dürften die betreffenden Brauerereien durch den Verlauf des Kampfes für die Zukunft etwas vorsichtiger geworden sein. Rückgängig gemacht wurden die ungerechten Entlassungen in der Felsenkeller-Brauerei, Dresden, und Mohren-Brauerei, Sch. G. Münd, durch Streik, eine dritte in der Brauererei Kruppenweg, Düsseldorf, fand durch Boykott eine anderweitige zufriedenstellende Erledigung, die übrigen durch Verhandlungen resp. durch Inanspruchnahme der Öffentlichkeit. So „fruchtbar“ mit Maßregelungen war das Jahr 1902 bei Weitem nicht, wie das Jahr 1901, doch merkt daraus auf eine wachsende Vernunft und Einsicht bei den in Frage kommenden Unternehmern oder ihren Vertretern schließen wollte, der wird sich wohl täuschen. Eine Hoffnung auf Besserung ist nur bei zunehmender Stärkung und Ausbreitung des Verbandes berechtigt.

Alles in Allem geht es vorwärts. Mögen die Erfolge in Bezug auf Verbesserung der Verhältnisse im Jahre 1902 quantitativ hinter denen des Vorjahres zurückstehen, qualitativ werden sie ihnen überlegen sein, und das ist auch ganz natürlich. Der Verband gewinnt immer mehr an Respekt und Anerkennung bei den Unternehmern als Vertreter der Interessen der gesamten Brauereiarbeiter, und das wirkt selbstverständlich auch entsprechend auf die von ihm vertretenen Ansprüche für die Brauereiarbeiter ein. Man mag die in den beiden Jahren verlorenen Streiks bedauern, sicher haben auch sie ihr Gutes. Wo die Arbeiter niemals zeigen, daß sie ihr Recht und ihre gerechten Forderungen auch mit den äußersten gewaltigen Mitteln zu verteidigen resp. zu erkämpfen den Muth haben, werden sie auch niemals die Anerkennung ihrer Rechte, niemals den Respekt und die Achtung der Unternehmer, niemals die Anerkennung der Gleichberechtigung, über ihre Verhältnisse mitzubeurteilen, erlangen.

Wir stehen im Zeichen der Tarife. Allerdings haben wir in einzelnen Fallstellen schon Tarife seit Mitte der 90er Jahre, Abschlüsse über die Arbeitsverhältnisse für den ganzen Ort auf bestimmte Zeitdauer; doch mehren sich die Vertragsabschlüsse bei Regelung aller möglichen Angelegenheiten im Arbeits- und Lohnverhältnisse immer mehr, und auch das ist ganz natürlich. Der Tarifen sind Kämpfe vorangegangen, wenn nicht am selben Ort, so in der Nähe. Hätte der Brauereiarbeiterverband nie Kämpfe mit dem Unternehmertum geführt — und hätte er es nicht auch jetzt noch, wo es notwendig ist — so wäre es nie zu Tarifverträgen mit dem Unternehmertum gekommen. Die Tarifverträge sind die Frucht unserer Kämpfe, der Beweis, daß die Unternehmer in Frieden mit uns unterhandeln, unsere Wünsche berücksichtigen, um Kämpfe zu vermeiden. Das mögen sich alle Jene aus unserem Beruf, aber außerhalb des Verbandes gefälligst hinter ihre langen Ohren schreiben, die aus dem sicheren Hinterhalte den Verband der von ihm geführten Kämpfe wegen ansiegeln und verleumden, aber gleichzeitig gerne von den Erfolgen des Verbandes zehren.

Die Bestrebungen des Verbandes nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, ganz gleich, welche Mittel angewendet, welche Wege in den einzelnen Fällen eingeschlagen werden müssen, können aber viel leichter und erfolgreicher durchgeführt werden, wenn er nicht den großen Ballast der Indifferenten wie Bleikugeln an den Rufen mitzuschleppen mußte. Wie viele berechtigten Wünsche fanden aus diesem Grunde gar keine oder nicht genügend Berücksichtigung, wieviel Unrecht konnte nicht abgewendet werden! Diese große Masse der Unorganisierten scheint es selbst nicht zu fühlen, welche traurige Rolle sie spielen, sonst würden sie nicht absichtslos stehen und die Anderen für sich kämpfen lassen. Sie schädigen und bestehlen die Organisierten doppelt und dreifach. Einmal läßt sie Verrath an

den Organisierten, weil sie dieselben in ihren Bestrebungen hindern und ihnen ihr Wirken erschweren, zum zweiten sind diese Bestrebungen mit Opfern verknüpft, die sie die Organisierten allein tragen lassen, und zum dritten bestehlen sie die Organisierten um die Früchte ihres Wirkens, indem sie diese Früchte mit genießen, aber nichts dazu beigetragen haben. Das muß diesen Leuten immer und immer wieder gesagt werden, und das darf man nicht Einem überlassen, ein Jeder hat die Pflicht, seine unorganisierten Arbeitsgenossen auf das Unmoralische ihrer Handlungsweise recht dringend und wiederholt aufmerksam zu machen, bis sie's begreifen und sich ihrer Pflicht als Arbeiter bewußt werden und der Organisation beitreten. Jeder sei Agitator im Interesse seiner selbst und des Verbandes; Jeder wirke und arbeite mit für unsere große Sache, unablässig, unaufhaltsam — immer weiter agitirt!

### Nach Dresden: — Halle.

Erst kurze Zeit ist verfloßen seit der Aktion der Bundesärzten Pernersdorfer, Wollarth u. Co. in der Felsenkeller-Brauerei in Dresden, die, jedenfalls um ihr arbeitswilliges Gewissen zu entlasten, i. B. eine „Nothwehr“ gegen die Verbandsmitglieder konstruirten, zwecks Verhinderung der „Schutzmaßregeln“ Besprechung abhielten, zu welcher sich auch Verbandsmitglieder eingefunden hatten, die sich anständig und kollegial verhielten, Pernersdorfer und Genossen jedoch die Polizei holten oder holen ließen, um die Verbandsmitglieder zu entfernen, lediglich weil sie die geheimen Pläne dieser Kollegen nicht erfahren wollten. Diese „kollegiale That“ der Bundesärzte brachte 7 Verbandsmitgliedern eine Strafe von 17 Monaten Gefängnis wegen „Hausfriedensbruch“ ein, die vom Berufungsgericht jedoch auf 8 Monate reduziert wurden.

Wer da aber glaubte, daß solche und ähnliche „kollegiale Thaten“ nur in Dresden möglich sind, der wird von den in Halle verübten Thaten der Bundesführer eines Anderen belehrt, und zeigen die Vorgänge in Halle auch, daß man nicht aus Nothwehr handelt, sondern aus Verger über das Wachstum und den zunehmenden Einfluß des Verbandes, aus Haß gegen den Verband, worin man es mit dem räuberischen und einseitigsten Unternehmern aufnehmen kann. Diese Thaten sind um so verdammenwerther, als diese Herren „Kollegen“ alle Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis dem Verband zu verdanken haben, der seine Erfolge trotz der Quertreiberei dieser „Kollegen“ erzielt, die allerdings bei der zunehmenden Bedeutungslosigkeit dieser Leute wirkungslos ist und immer wirkungsloser wird. Man merke auf, wozu diese Herren „Kollegen“ in der „Nothwehr“ fähig sind:

Vor längerer Zeit ging bei der Post in Halle ein Brief ein mit der Adresse: An den Brauereigenossenverein in Halle. Da der Post und der Polizei jedenfalls ein anderer als der dem Verbandsangehörige Brauereigenossen nicht bekannt war und Kollege Sepik langjähriger Vorsitzender dieses Vereins ist, schrieb die Post mit Bleistift auf die Adresse den Namen des Kollegen Sepik und übermittelte diesem den Brief, der ihn selbstverständlich und ganz zu Recht öffnete. Als Kollege S. nach Öffnung des Briefes bemerkte, daß der Inhalt nicht für ihn bestimmt war, ließ er ihn dem Vorsitzenden des Bundesvereins in Halle, Uffmann, überbringen. Wer da weiß, wie viel solcher Fälle bei ungenügender Adresse vorkommen, wo die Briefe an eine unrichtige Adresse gelangen, geöffnet und dann der richtigen Adresse zugeleitet oder zur Uebersetzung an die richtige Adresse zurückgegeben werden, ohne daß ein Wort darüber verloren wird, der wird glauben, daß mit Uebergabe dieses Briefes an den Bundesvorsitzenden Uffmann die Sache erledigt war, und umso mehr mußte man dieses hier voraussetzen, da die Adresse selbst ebenso falsch an Uffmann wie an Sepik war und unser Vorsitzender Sepik mindestens dasselbe Recht zum Definieren des ungenügenden adressirten Briefes hatte, wie der Bundesvorsitzende Uffmann, denn der Bundesverein Halle führt nicht den Namen des auf dem Briefe angegebenen Vereins, sondern „Brauereigenossenverein Halle a. S.“ Ganz anders wie üblich im Leben handelte jedoch „Kollege“ und Bundesvorsitzender Uffmann: er denunzirte Kollegen Sepik wegen Verletzung des Briefgeheimnisses bei der Staatsanwaltschaft. Hatte in Dresden einer der Herren „Kollegen“ bei dem in Folge ihrer Besprechung entstandenen „Hausfriedensbruchprozesse“ gegen die Verbandsmitglieder geäußert: „Wenn die kein Gefängnis kriegen, lassen wir die Sache weiter gehen“, so haben sich auch in Halle in Folge dieser Denunziation verschiedene „Kollegen“ vom Bund in verschiedenen Brauereien schon die Hände gereiben, „daß der Sepik schon aufgesetzt wurde“ — gemeint ist das Gefängnis. Nun ist ihnen die ganze „edle Kollegenfreude“ verborgen, zu der Schande der unbegründeten Denunziation haben sie auch noch die Blamage des Scheiterns, denn nach Vernehmung seitens der Polizei und nachdem die Voruntersuchung durch Herrn Amtsgerichtsrath Dr. Windfeld abgeschlossen, erhielt Kollege Sepik von der Staatsanwaltschaft den Befehl, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt sei. Wie mag wohl die Staatsanwaltschaft über diese von „kollegialer Gesinnung“ diktirte That gedacht haben? — Doch das war der erste Denunziantenstreik und der zweite folgt gleich.

Kollege Sepik ist auch Vorsitzender der Krankenkasse. Obwohl der Vorstand der Kasse die Interessen der Mitglieder jederzeit wahrgenommen hat, zog er sich doch den Haß einer kleinen „auserlesenen Schaar“ Bundesmitglieder zu, vielleicht deshalb, weil die Bundesmitglieder nicht mehr in der Kasse vertreten sind. Sie denunzirten Kollegen Sepik bei der Regierung in Merseburg, er trage die Politik in die Krankenkasse, schädigen zur Begründung ihrer Denunziation einen Stimmgabel für die letzten Vertreterwahlen der Regierung ein und erachten, „andere Vertreter“ zu ernennen. Die Denunziation an die Regierung unterzeichneten 7 Mann, ein Zeichen, daß die große Mehrzahl der Bundesmitglieder doch noch nicht auf diesem — Denunziantenstandpunkt angelangt ist. Von dem Denunziationsverfahren wollen wir nur eine kleine Probe wiedergeben, sie genügt, den „Geist“ und den Charakter dieser Leute zu kennzeichnen:

Wir verzeihen (?) die sozialdemokratischen Vertreter, welche sämtliche Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes sind, und ersuchen die hochwohlwollende Regierung, andere Vertreter ernennen zu wollen, da die Krankenkasse ein wichtiges Objekt (?) ist und keine sozialdemokratische Einrichtung in der Politik getrieben wird (?). In dem klassischen Deutsch paßt auch die Kenntniß dieser Leute, was Politik ist. Wie, wann und wo „Politik“ in der Krankenkasse betrieben worden ist, ist das Geheimniß von Uffmann und Genossen geblieben. Die Denunziation war so unglücklich — Unschick, daß selbst die Regierung in Merseburg nichts damit anzufangen mußte und die „Beschwerde“ abfälliger Bescheid. Die Freude war also wieder verborgen, zu der ersten Blamage die zweite. Wie man wohl bei der Regierung in Merseburg über diese „kollegiale That“ gedacht haben mag! — Dieses war nun der zweite Streik und der dritte Denunziantenstreik folgt gleich.

Als vor Kurzem eine Geschäftsbesprechung des Personals der Halle'schen Aktien-Brauerei stattfand, hatte ein anwesendes Bundesmitglied nichts Illuderes zu thun, als nach der Polizei zu laufen und zu denunzieren, es finde eine Besammlung statt, die nicht angemeldet sei. Der sofort erschienene Polizist fand natürlich eine Geschäftsbesprechung vor, die nach dem Befehle nicht angemeldet werden braucht, weil dort keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert werden. Die Denunziantenfreude war also auch dieses Mal zu Wasser geworden, doch was mag wohl die Polizei für einen Begriff von diesem „Gesellschaftsbesprechenden Kollegen“ erhalten haben? — Dieses war der dritte Streik und als vierter folgt noch ein würdiger zum Abschluß.

Betrachte man alle diese Selbstthaten dieser Leute gegen die eigenen Kollegen, die auch für ihre Interessen eintreten, und daneben das Verhalten gegenüber den Arbeitgebern. So zu sagen in demselben Augenblick, in dem die Arbeitgeber die Lohnforderungen der Arbeitnehmer rundweg abzulehnen versuchten, wurde Herr Direktor Müller von der Rauchsüßigen Brauerei, wo der Bundesvorsitzende Uffmann beschäftigt ist, als Ehrenmitglied des Bundesvereins ernannt. Keine „Harmonie“, Nachsicht und Denunziationsmuth gegen die eigenen Kollegen und Unterwürfigkeit bis zum Knie gegenüber den Arbeitgebern. Was muß es wohl für eine besondere „Ehre“ für die Arbeitgeber sein, „Ehrenmitglieder“ einer Vereinigung mit solchen Führern und solchen Elementen zu sein. Und es gibt recht viele „Ehrenmitglieder“ des Bundes unter den Arbeitgebern. Wie Gama zu erzählen weiß, soll Herr Direktor Müller auch schon die „Ehren-Mitgliedschaft“ gekündigt haben; ob's wahr ist? Uns kann's gleich sein, ob sich die Herren Direktoren an dieser „Ehre“ würdig fühlen oder nicht.

Ein reizendes Bild, nicht wahr? Doch steht dieses und die Dresdener Affäre nicht vereinzelt da. Wir brauchen nur auf die Verleumdungen von Verbandsmitgliedern seitens des Wahlausschusses des Berliner Bundesvereins bei der letzten Kuratoriumswahl zum Zwecke des Stimmenfanges hinzuweisen, auf den Vertrauensbruch Henschel's in Berlin „aus Versehen“, auf die seinerzeitige Affäre in Dessau, von den Fällen in noch manchen anderen Orten, sowie den offiziellen Streikverleumdungen ganz abgesehen; da haben wir einen herrlichen „duftenden“ Blütenkranz „edler, kollegialer Thaten“ zusammen, garnirt mit den permanenten Betteleien an die Arbeitgeber!

„Vermobert und verfault“ nannte Kollege Weidener-München Ende vorigen Jahres bei einer Gelegenheit die Tendenz des Bundes. Er wurde von dem Vorsitzenden des Bundesvereins München wegen Verleumdung verhaftet, aber nach Aufklärung der im Bund üblichen und zu seinem Bestehen dienenden Handlungen von Schutz und Strafe freigesprochen, und dem Bundesverein wurden sämtliche Kosten, auch die dem Beklagten entstandenen auferlegt. Im Zusammenhang mit der Handlungsweise, mit der Tendenz des Bundes, konnte das Gericht in der Bezeichnung „vermobert und verfault“ eine Verleumdung nicht erblicken.

„Vermobert und verfault“ ist der Untergrund, der solche Blüthen treibt, wie wir sie hier vorgeführt haben, und es kann auch nicht anders sein und wird auch nicht anders werden. Eine Arbeitervereinigung, die das Streben der Arbeiter nach Besserung ihrer Lage auf Schritt und Tritt hindert, sich den Unternehmern als Leib- und Schutzhunde gegen die vorwärtsstrebenden Arbeiter zur Verfügung stellt, und dafür Almosen erwartet und erhält, bedarf solcher Mittel, um ihre Existenz zu erhalten und kann nur durch solche Mittel erhalten werden. Und eine solche Arbeitervereinigung braucht auch solche Elemente als Mittel zum Zweck. Mit legalen Mitteln ist das Wachstum des Verbandes nicht aufzuhalten, weil sein Nährboden das gesunde, ehrliche und energiegelbe Streben auf Verbesserung der Lage der gesamten Brauereiarbeiter ist; und weil man sein Wachstum gern hindern, ihn am liebsten von der Erde verschwinden machen möchte, deshalb werden alle, auch die verwerflichsten Mittel in Anwendung gebracht.

Wir wissen, daß eine große Zahl der Bundesmitglieder dieses Treiben mit Ekel empfindet, aber innerhalb des Bundes dagegen anzukämpfen, wäre ebenso vergeblich, wie gegen ein Naturgesetz anzukämpfen. Wer sich aber noch Charakter genug bewahrt hat, für den ist es Ehre und Beweispflicht, daß er die Vereinigung mit solchen Leuten aufgibt, sich von ihnen abwendet und sich dahin begibt, wo man mit ehrlichen und offenen Waffen für die Interessen der Kollegen kämpft: im Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Im Bund gibt es keine Interessenvertretung der Gesamtmitglieder, sondern das Gegenteil; soweit Interessenvertretung vorhanden ist, ist es der persönliche Egoismus einzelner Personen, zum Schaden des Gesamten.

Wer also mit diesen hier in ihrer ganzen „Größe“ vorgestellten Leuten und ihren Handlungen nicht auf eine Stufe gestellt werden will, der ziehe die Konsequenz, die sein ihm innewohnendes Ehrgefühl gebietet: Heraus aus dem „Bund“ und hinein in den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Aber alle in den Brauereien Beschäftigten müssen sich hier unter die Fahne des Verbandes scharen, um desto wirkungsvoller und nachhaltiger den Kampf gegen das Denunziantentum aufzunehmen und durchzuführen, zumal dasselbe ja wie bekannt von so manchen Herren und Meistern, die scheinbar nicht viel auf sauberen Umgang halten, ins Herz geschlossen ist und an ihnen eine Stütze findet.

Wer hier nicht mitthut, macht sich selbst zum Mitschuldigen; die Wahl zwischen ehrlicher Interessenvertretung und Niedertracht dürfte Anekdoten schwer sein.

### Korrespondenzen.

Dortmund. Versammlung vom 3. Mai. Trodem in Dortmund noch so traurige Zustände existieren, hielten es die Bundeskollegen nicht für nöthig, in die Besammlung zu kommen, um sich über die Verhältnisse auszusprechen und weiter Wandel geschaffen werden könne; hoffentlich wird es in nächster Zeit in dieser Beziehung besser. Der vorgesehene Worttag fiel deshalb aus. Zur Konferenz wurden 2 Anträge angenommen: 1. Die Fallstellen werden verpflichtet, sich mehr als bisher an den Gauverband zu halten, um dadurch die Agitation besser in die Wege zu leiten und auch Zeit und Geld zu sparen. 2. Die Angelegenheit des Kollegen Ruschika contra Niebermann gründlich zu untersuchen und es Kollegen Ruschika zu ermöglichen, für unsere Sache weiter zu wirken. Als Delegirter zur Konferenz wurde Kollege Wirth gewählt. Kollege Schulz erstattete den Parteibericht. Die Bierfrage erregte wieder eine lebhafteste Debatte; sie wurde den Parteidelegirten überwiesen, um sie in nächster Sitzung endlich einmal zu erledigen, denn es sind auf der Viktoria-Brauerei bereits zwei Mann eingestellt, die nicht dem Verbande angehören. Unter „Verschiedenes“ kam die Angelegenheit Wahn zur Sprache, indem jetzt in kurzer Zeit 6 Verbandskollegen aufgehört haben. Zur Regelung der Angelegenheit wurde eine Kommission gewählt, die noch am selben Tage vorstellig werden sollte.

Düsseldorf. (Sektion I.) Die Versammlung vom 2. Mai war mäßig besetzt. Aufnahmen waren 13 zu verzeichnen, darunter 6 von der Brauerei Kruppenweg. Es scheint, daß sich auch die Kollegen dieser Brauerei eines Besseren besonnen haben, und nun auch, wie es Thatsache ist, in der Organisation ihren Freund und ihre Stütze erblicken. Zum Sommerausflug wurde die Gegend Solingen-Remscheid einstimmig gewählt.



Diese beiden Zahlzeichen sollen davon benachrichtigt werden. Verfügt wurde noch das Verhalten einiger Versammlungs- schmäntzer, die ihre Pflicht gelassen zu haben glauben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen.

**Düsseldorf.** (Sektion II.) In der Versammlung vom 3. Mai ließen sich 6 Kutscher von der Hölzbrauerei annehmen. Beschlossen wurde, mit der Sektion I zusammen einen Sommerausflug nach Solingen-Remscheid zu unternehmen. Punkt 3 betraf die Wahrung eines organisierten Kutschers in der Unionbrauerei und die Entlassung des Freibiers für die Verheiratheten der Schwabenbrauerei; beide Angelegenheiten wurden durch die gewählte Kommission geregelt. Unter „Verschiedenes“ ermahnte der Vorsitzende die neu aufgenommenen Kutscher von der Hölzbrauerei, nun auch nicht zurückzuschrecken und treu zur Organisation zu halten, denn in dem Moment, wo sie dem Verband beigetreten sind, sind sie Glieder der großen Arbeiterarmee und müssen die allgemeine Arbeiterbewegung eingehender kennen lernen. Wie es gewöhnlich der Fall ist, findet man erst die Organisation, wenn man vom Arbeitgeber gedrückt, schlecht behandelt wird. So sind denn auch die Hölzler Bierfahrer zur Einsicht gekommen, daß eine so schöne Harmonie mit dem Arbeitgeber nicht vorhanden ist, und daß ihr Platz im Brauereiarbeiterverband ist. Wie lange wird es noch dauern, bis auch die Brauer der genannten Brauerei sich bewußt fühlen, dem Zentralverband anzuschließen, damit auch sie zu ihrem vollen Rechte kommen, oder ob sie den Druck noch länger ertragen wollen?

**Hamburg.** Sekt. II. und III. Die Versammlung vom 28. April war gut besucht. Bei Punkt Waifeier wies Kollege Staake mit kernigen Worten auf die Bedeutung des 1. Mai hin. Der Vorstand empfahl, von einer allgemeinen Arbeitsruhe Abstand zu nehmen, jedoch mögen die Kollegen, welche Nachsicht haben, sich vollständig an dem Demonstrationzug beteiligen. Verschiedene Kollegen waren der Meinung, daß es an der Zeit wäre, den 1. Mai auch zu einem wirklichen Festtage zu gestalten. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung für den Vorschlag der Vorstands- und Vertrauensmännerschaft, daß die Versammlung den 1. Mai als Arbeitsfeiertag der ganzen Welt noch wie vor anerkennt, daß jedoch nach Lage der Verhältnisse ein Jeder feiern solle, dem es ohne wirtschaftliche Nachteile zu erlauben möglich ist, jedoch verpflichtet die Versammlung Jeden, eine Waifeier à 50 Pf. zu entnehmen, welcher Betrag dem Wahlfonds überwießen wird. Beschlossen wurde noch, daß die Vertrauensleute wegen Freigabe des 1. Mai vorstellig werden sollen. Nach Bericht und Neuwahl der Kartelldelegierten wurde, da wegen Behinderung des Obmanns der Beerdigungskommission der Bericht nicht gegeben werden konnte, die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Koblenz.** Sonntag, den 19. April, fand hier eine Besprechung der Kollegen von Koblenz, Udernach und Umgebung statt. Diefelbe war herzlich besucht trotz Vorhergehens der Bekannmachung. Unter den anwesenden Kollegen herrschte nur die eine Meinung, daß sich dies unter allen Umständen ändern müsse. Jeder Kollege sei nicht nur verpflichtet, seine Beiträge zu leisten, sondern auch vor allen Dingen muß er sich mit seinen Kollegen zusammenfinden und mehr wie bisher die Solidarität pflegen, soll der Verband erstarken. Durch gegenseitigen Meinungsaustausch gewinnt man erst einen richtigen Einblick in die verschiedenen Betriebsverhältnisse. Geschieht dies öfters und pünktlich, so wird wohl auch bald jeder Kollege zu der Einsicht gelangen, daß noch recht viel zu thun ist und wahrhaftig keine Ursache vorliegt, die Hände in den Schooß zu legen und anstatt sich mit seinen Verbandskollegen zusammenzufinden, lieber Klümmeln und anderen Harmonie-Gesellschaften nachzulaufen. Von diesem Vorwurf sind auch die hiesigen Kollegen nicht ganz freisprechend, denn von den Kollegen der *Lotharbrauerei* läßt sich trotz verschiedentlich Einladung keiner sehen. Ist es Angst, daß diese Kollegen dem Verbands fernbleiben? Nun, darüber können sie sich beruhigen, die Geschäftsleitung hat nichts gegen die Zugehörigkeit zum Verbands einzuwenden, wie sie selbst einem Vertreter des hiesigen Gewerkschaftskartells gegenüber erklärt hat. Auch die Verhältnisse in Udernach wurden einer Kritik unterzogen, dort scheinen auch unliebliche Zustände zu herrschen, hauptsächlich in den dortigen *Malsfabriken* sei eine ungewöhnlich lange Arbeitszeit, von früh Morgens bis spät Abends, ebenfalls ganze Sonntagsarbeit mit wenigen Unterbrechungen vorwiegend. Es könne wohl nichts schaden, wenn die Fabrik-Inspektion diesen Verhältnissen etwas mehr Aufmerksamkeit zuwendet. Auch stehen die Löhne zu dieser langen Arbeitszeit in gar keinem Verhältnis. Hiesige Kollegen von Koblenz, Udernach und Umgebung, Ihr habt alle Ursache, Euch dem Verbands anzuschließen, nur durch eine gute Organisation seid Ihr im Stande, Eure Lebenslage zu verbessern. Einweg mit aller Raubheit und Harmoniephrasen, hinein in den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Die stattfindenden Zusammenkünfte werden vorher in der „Brauere-Zeitung“ bekannt gegeben.

### Bewegungen im Berufe.

† **Zug von Brauereiarbeitern nach Bamberg** ist ferngehalten, ebenfalls von Brauereiarbeitern nach Rodewisch.

† **Bamberg.** Eine sehr gut besuchte Volksversammlung beschloß sich wiederum mit den Differenzen mit dem Hofbrau. In seinem Referat besprach Kollege Gsel Ursache und Verlauf des Streiks, kritisierte die unverständliche und arbeitserfeindliche Haltung der Brauereileitung und bemerkte, wenn der Streik als solcher, der am 19. Januar begonnen, auch als ergebnislos zu betrachten sei und die Ausgesperrten sich nach anderer Arbeit umsehen müßten, so möchte doch der Boykott mit aller Schärfe weitergeführt werden. Brauender Beifall wurde dem Redner zu Theil. Es wurden zwei Resolutionen angenommen; in der ersten wird gegen die Zumuthung des Bamberger Magistrats protestirt, daß die Arbeiter am Central-Schlachthaus-Neubau die dortige Kantine, die Hofbrauerei führt, frequentiren sollen, trotz der Unreinlichkeiten wie in einem Schweinestall und der Pantoffelerei des Kantinenwirts; in der zweiten wird erklärt, den Boykott mit aller Schärfe weiterzuführen und dafür zu sorgen, daß das Hofbrauerei aus folgenden Wirtschaften entfernt wird: Bahnhof, Tambosi, Hofenau, Eivoli, Stühren, Café Cromm, Mothes Hof, Stührenkeller, Goldene Traube, Rinnigbentel, Volksgarten Sanktand und Eichhorn-Hallstadt.

† **Bern.** In den Brauereien zum *Surten* und *Maulherbaum* besteht noch die Arbeitsordnung von 1895, die einen Minimallohn von 71 Fr. pro 12 Arbeitstage für Brauer vorsieht, während in den übrigen Brauereien die nach dem Boykott von 1896 erlassene Arbeitsordnung mit einem Minimallohn von 66 Fr. gilt bei 6 Liter Freibier oder 78 Fr. ohne Freibier. Wiederholt wurde an die Brauereileitungen das Gesuch gestellt, das „Freibier“ auszugeben, aber immer abgelehnt. (Im ganzen Kanton Bern haben bis jetzt nur die Brauereien *Fäh* (S. Wöndrü) in Burgdorf und *Kaiser u. Probst* (Seealand) in Biel das „Freibier“ ausbezahlt.) Ende März d. J. wurde dies Gesuch an die Brauereien *Hetz*, *Reichenbach*, *Gassner* und *Christen* wiederholt und gleichzeitig gefordert, für den Fall, daß die Ausbezahlung des Freibiers wiederum abgelehnt werde, daß dann wenigstens der Minimallohn von 66 auf 71 Fr. erhöht werde, wie dies in den Brauereien *S. Gurten* und *Wanzseebaum* der Fall ist, oder daß, wie es in verschiedenen Brauereien in St. Gallen, Rorschach, Wil usw. eingeführt ist, 72 Fr. Minimallohn mit täglich 4 Liter Bier gegeben werde. Auf Betreiben des Herrn *Hetz* wurden die Forderungen abgelehnt und dem

Zentralvorstande des Brauereiarbeiterverbandes mitgeteilt, er solle sich mit den Forderungen an den Präsidenten des Arbeiterverbandes, Herrn *Weber*, *Waldenswil*, wenden. Dieses geschah, und erklärte Herr *Weber*, daß er die bernischen Brauereibesitzer erziehen werde, mit der Arbeiterorganisation in Unterhandlung zu treten und hoffe er auf eine befriedigende Lösung. Herr *Hetz* trommelte nun die „bernischen Verbandsmitglieder“ zusammen, um die Forderungen wieder abzulehnen durch Schreiben vom 28. April. Einmal haben wir es aber nur mit Herrn *Hetz*, dem spiritus rector der „bernischen Verbandsmitglieder“ und seinen beiden Schildeknappen *Hofwerner* u. *S. O.* und *Marx* *Christen* zu thun, nicht mit den anderen unterzeichneten Brauereien, und wird sich unser Augenmerk auf diese konzentriren. Frau *Wittwe Gassner*, Brauerei zum *Altenberg*, hat schon das Versprechen gegeben, 71 Fr. Minimallohn neben Freibier zu zahlen, wie die Brauereien *Wauweebach* und *Gurten*. Wegen einiger weiterer Kleinigkeiten hoffen wir auch zufriedengestellt zu werden.

† **Hiesburg.** Den hiesigen beiden Brauereien wurden auf Grund eines Versammlungsbeschlusses folgende Forderungen unterbreitet: 1. Eine Wartlohnhöhung für sämtliche in den Brauereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 2. Abschaffung einiger kleiner Mißstände. Die Antwort der Brauereien lautete: Vom 30. Mai d. J. ab erhalten sämtliche männlichen Arbeiter 1 Mt., weibliche 50 Pf. Lohnzulage pro Woche. Auch die vorgebrachten Mißstände wurden zu unserer Zufriedenheit geregelt. Eine weitere Brauereiarbeiterversammlung erklärte sich einverstanden mit diesen Zugeständnissen. Haben wir uns auch nicht viel verbessert, so sind wir doch auf gütlichem Wege immerhin einen Schritt vorwärts gekommen. Es erhalten nun vom 30. Mai ab: Brauer 28 Mt., Hilfsarbeiter 22 Mt., Flaschenarbeiter 20 Mt. und Frauen 11 Mt. pro Woche. Den interessierten Mitgliedern, die weder die Mitgliedervertretungen besuchen noch die öffentlichen, mo Lohnforderungen auf der Tagesordnung stehen, geben wir das Ergebnis auf diesem Wege bekannt, damit sie wenigstens davon Kenntniß erhalten. Vielleicht bemühen sie sich auch, an ihre Pflichten als Mitglieder zu denken, wenn sie die Rechte in Anspruch nehmen, und lassen sich einmal in der Versammlung sehen. So darf dieser Schändrian nicht weiter gehen.

† **Halle.** Zur Bohrbewegung der Brauereiarbeiter. Eine aus allen Gruppen der Brauereiarbeiter, sowie aus verschiedenen anderen Gewerben gut besuchte öffentliche Versammlung tagte am 5. Mai in den *Waldsälen*. Zunächst wurde der Bericht der Lohnkommission gegeben. Vor einigen Jahren war es gelungen, entsprechende Löhne festzusetzen; so hatte der Verband versucht, auch in diesem Jahre einen dreijährigen Tarif abzuschließen. Nach dem Bericht zeigten die Brauereien nicht das mindeste Entgegenkommen, wie folgendes Schreiben der Befitzer beweist:

„Nach mehrfachen eingehenden Beratungen des betreffenden Ausschusses bedauern wir recht sehr, Ihnen mittheilen zu müssen, daß die Brauereien jetzt nicht in der Lage sind, eine Lohnhöhung einzutreten lassen zu können. Unter der allgemeinen wirtschaftlich ungünstigen Lage des Handels und der Industrie haben auch die hiesigen Brauereien schwer zu leiden, was durch den in jeder Brauerei, namentlich im letzten Winter, verminderten Bierabsatz zum Ausdruck gekommen ist. Ferner lassen die in Aussicht stehenden hohen Industriezölle, sowie die drohende Erhöhung der Braumalz-Steuer eine Rückwirkung auf die weitere Verschlechterung der finanziellen Lage der Brauereien schon jetzt bestimmt voraussehen, und sind dieselben zu ihrem Bedauern daher gezwungen, eine Verbesserung der Löhne auf bessere Zeiten verschoben zu lassen.“

Zur Uebrigem heben wir noch hervor, daß das Einkommen der Brauereiarbeiter, bezw. die in den Brauerdien gezahlten Löhne immer noch höher sind, als in den meisten anderen hiesigen Gewerben, dennoch werden die Brauereileitungen es sich angelegen sein lassen, nach Ueberlicht der Lage, wenn irgend möglich, mit Lohnaufbesserungen vorzugehen.

#### Die Brauereifirmen:

*Freyberg.* Schulze. *Schneider.* *U. Müller.* *Bauer.*  
In der auf diese Bekanntgabe folgenden Diskussion wurde festgestellt, daß ein schlechter Geschäftsgang nicht vorzuschützen ist, desgleichen der Zolltarif nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein kann; die Arbeiter sehen mit größerer Beforgnis den Wirkungen des Zolltarifs entgegen, als die Befitzer, es fällt doch Alles auf die Konsumenten zurück. Auch das Entgegenhalten der Aktien-Gesellschaften, sie könnten keine Dividende zahlen, ist nicht stichhaltig; alle Geschäfte haben Fortschritte gemacht. Unter einstimmiger Annahme einer Resolution wurde die Lohnkommission beauftragt, nach Rücksprache mit den Gewerkschaften geeignete Schritte zu unternehmen, um zu geeigneter Zeit dem Lohnratif Geltung zu verschaffen. — Die Bundesmitglieder waren auch anwesend, sie wünschten eine Verständigung mit den Verbandsmitgliedern und erklärten, ebenfalls Lohnforderungen gestellt zu haben, sie seien aber abgewiesen. Sie wurden aufgefordert, sich dem Verbands anzuschließen, dann würden wir leichter zum Ziele kommen. Doch erklärten sie hierauf, daß die paar Mann hierbei nichts ausmachen, es kämen außer ihnen noch Arbeiter und Bierfahrer in Betracht, die an erster Stelle ausschlaggebend seien; Streikbrecher würden sie jedoch nicht machen. Wenn es damit Ernst gemeint ist, dann liegt aber dem Vertreter zum Verbands um so weniger im Wege. Nun, wir werden das Werk hoffentlich auch ohne die Bundesmitglieder fertig bringen.

† **Forstheim.** Zu dem in voriger Nummer veröffentlichten Tarifabschluß ist noch nachzutragen, daß die Arbeit an *Sonn- und gesetzlichen Feiertagen* in den Brauereien *Ketterer* und *Bayerisches Brauhaus* vollständig abgeschafft ist, nur die notwendigen Arbeiter, deren Ausschub dem Geschäft schaden könnte, werden verrichtet; die Sonntags-DuJour wird mit 3 Mark vergütet. (Die Brauerei *Rech* will nur, anstatt früher jeden dritten, jeden zweiten Sonntag ganz frei geben.) Die Lohnzulage, 100 Mt. im ersten, 110 Mt. im zweiten Jahre, erfolgt jeden 1. und 15. des Monats, 6 Liter gutes Bier täglich, soweit jemand an *Sonn- und Feiertagen* beschäftigt wird, 3 Liter. Das nicht getrunkene Bier wird in den ersten zwei Brauereien herausbezahlt. — Die Beiträge gelten bis 1. Mai 1905 und sollen bis zum 1. Mai 1906 fortbestehen, falls nicht zum 1. April 1906 eine Aenderung beschloffen wird. — Die Brauerei *Rech* hielt einen Vertragabschluß für „überflüssig“, da alle diese Punkte in der Arbeitsordnung niedergelegt und auch fernerhin eingehalten werden. Letzteres wurde gerade in dem Anführer an die Brauerei hemängelt. Auch über die Behandlung der Leute seitens des Brauereiführers wurde gesagt, darin scheint die Betriebsleitung auch anderer Meinung zu sein, wenn auch nicht der richtigen.

† **Schönebeck.** In Folge Lohnbewegung war eine Versammlung der Brauereiarbeiter zu dem Zwecke einberufen, um die Arbeitsverhältnisse in der *Waldendorfer* Brauerei einer Besprechung zu unterziehen und sich zu der abzulehnenden Haltung des Brauereibesitzers *H. Kommerzienrath Waldorf* gegenüber den gestellten Forderungen der Arbeiter zu äußern. Die gut besuchte Versammlung, an der auch 2 Mitglieder des Kartell-Vorstandes auf Wunsch der Zentralleitung des Brauereiarbeiter-Verbandes teilnahmen, nahm erst um 9 Uhr ihren Anfang, da die Brauereiarbeiter in Folge ihrer eigenhändigen Arbeitsverhältnisse verhindert sind, früher zu erscheinen. Die Versammlung, die durchaus den Charakter einer Betriebsbesprechung

trug, hatte wenigstens den Zweck, einmal die Wünsche und Beschwerden der Brauereiarbeiter zu hören und gleichzeitig ihre Organisationsverhältnisse dahingehend zu prüfen, ob und inwieweit die Brauereiarbeiter allenfalls in der Lage sind, einen unvermeidlichen Lohnkampf aufzunehmen. Aus den gepflogenen Ausführungen war deutlich und unbestreitlich zu ersehen, daß in dem Brauereibetrieb bei *Waldorf* noch manches zu wünschen ist und noch viel gethan werden muß, um einigermaßen ein zufriedenstellendes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Die Mißstände, die gerügt wurden, beziehen sich nicht nur auf die lange Arbeitszeit und die zum Theil herabwürdigende Behandlung einzelner Arbeiter, sondern auch darauf, daß der übliche Pausrat für die Arbeiter nicht so ist, wie er sein soll, und auch nicht in dem Quantum gereicht wird, daß die Arbeiter damit auskommen können. Die unliebsamen Arbeitsverhältnisse haben den Brauereiarbeitern Veranlassung gegeben, mit bestimmten Forderungen an den Brauereiarbeiter-Inhaber heranzutreten, doch hat derselbe die Forderungen rundweg abgelehnt und erklärt, daß die Arbeiter, denen es nicht in seinem Betriebe gefällt, ander bessere Arbeit suchen können. Aus der sich noch weiter entzündenden Debatte kamen jedoch auch solche Beschlüsse zum Ausdruck, die sich gegen die Arbeiter selbst richteten, indem verschiedenen Brauereien vorgeworfen wird, daß sie sich Ueberhebungen den Hilfsarbeiten gegenüber schuldig machen, wie das der Unternehmer nicht besser fertig bringt. Auch der zum Theil sehr erregten Diskussion ist weiter zu entnehmen, daß es den Brauereiarbeitern nicht darauf ankomme, in einen Lohnkampf einzutreten, sondern durch gütliche Vereinbarungen und Vorstellungen beim Brauereibesitzer bessere Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Die anwesenden Kartellvertreter aus *Magdeburg* reumirten die gepflogenen Debatten dahin, daß die Arbeiter in dem Betriebe erst mal unter einander mehr Einigkeit schaffen müssen und dahin Sorge getroffen werden soll, daß die Organisationsverhältnisse bessere werden. Welche Vertreter warnen vor unüberlegten Schritten, da bei den jetzigen Organisationsverhältnissen kein Erfolg zu erwarten ist. Desgleichen weisen dieselben darauf hin, bei dem Vorgehen eine gewisse systematische Reihenfolge einzuhalten, indem das Dringende zuerst gefordert und durchzusetzen gesucht wird. In gleichem Sinne äußert sich der Vorsitzende der Fabrikarbeiter und spricht mit eindringlichen Worten für den Ausbau der Organisation. Trotzdem sich einige für ein sofortiges Vorgehen aussprachen und die Ausführungen der *Magdeburger* Delegierten vom Kartellvorstand heftig bekämpften, wird beschloffen, nochmals beim Brauereibesitzer vorstellig zu werden, jedoch vorher die Meinung des Vorstandes des Brauereiarbeiterverbandes zu hören. Dem Kartellvorstand soll davon Kenntniß gegeben werden, um sich dann bei den Schritten, die beim Brauereibesitzer gethan werden, beteiligen zu können. Mit einem Hoch auf den Brauereiarbeiterverband schloß der Vorsitzende die gut besuchte, recht interessante Versammlung.

† **Stuttgart.** Die Brauereien *Wulle* und *Engl. Garten* wollen den Arbeitern jetzt Arbeits- resp. Haus-„Ordnungen“ aufzotrogiren, die man kaum fürs Kautenreich möglich halten sollte. Diese Brauereien haben Kontrollapparate, die täglich 4 Mal: Morgens, Mittags zweimal (bei Ende und Anfang) und Abends benutzt werden sollen. Bei Zuspätkommen sind neben dem Lohnabzug Geldstrafen in Höhe von 10 Pf. festgesetzt, jedesmal steigend bis auf 1 bzw. 2 Mark; beim 4. resp. 5. Mal soll Entlassung erfolgen. Dieses Monstrum von Arbeitsordnung, die man sich nicht genirt, den Arbeitern anzubieten, haben die betr. Brauereileitungen trotz zweimaligen Vorstelligwerdens nicht entsprechen ändern wollen. Die Arbeiter verlangen, daß der Kontrollapparat nur Morgens und Abends benutzt werden soll und die Geldstrafen in Wegfall kommen. Daß man solche Arbeitgeber noch in der schwäbischen Hauptstadt antrifft?!

### Eingefandt.

Zur vogtländischen Brauereiarbeiterbewegung.  
Am 1. Mai erhielt die unterzeichnete Kommission seitens des vogtländischen Brauereiarbeiterverbandes (Unternehmerorganisation) folgende klassische Zuschrift:

Herrn *Robert Müller*, *Zwickau*.  
Die angestellten eingehenden Erhebungen und Erörterungen unter den Brauereien des vogtländischen Brauereiarbeiterverbandes haben ergeben, daß die Verhältnisse thatsächlich so verschiedenartig sind, daß eine einheitliche Lohnregulierung weder angängig noch geboten erscheint, und müssen wir darauf bestehen, beziehungsweise ist beschloffen worden, daß es jeder Brauerei überlassen bleibt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ihren Leuten nach wie vor selbst zu regeln.  
Alle diesbezüglichen Zuschriften sind aber auch fernerhin nur an den unterzeichneten *Verbandsvorsitzenden* zu richten, da dieselben sonst Unantwortlichkeit bleiben müßten.  
Hochachtungsvoll  
*A. Traeger*.

Nein! Wir sind längst fertig mit dem gemaltigen vogtl. Brauereiarbeiterverband, oder meint man etwa, wir sollen anfangen zu hinhandeln? Wenn der vogtl. Brauereiarbeiterverband uns noch etwas mitzutheilen hat, so kann das geschehen, ohne daß es dazu weiterer Zuschriften unsererseits bedarf.

Wie die „eingehenden Erörterungen und Erhebungen“, die manchen schweren Schweißtropfen gekostet haben mögen, enden würden, haben wir uns lebhaft vorgestellt, nur nicht, daß man so auffallend rasch damit fertig wurde. Der *Veisiger „Stier“* Einfluß wirkt eben „unheimlich verblüffend“, nur wir der vogtl. Brauereiarbeiterverband den *Schinken nach der Specksekte* und das ist eben der geniale — Einfall dabei. Statt sich in Frieden und Güte mit den Arbeitern und deren Beauftragten zu einigen, muß nun die *Musrede* herhalten, daß angeblich die Verhältnisse so verschiedenartig sind, daß ein einheitlicher Lohn, weder angängig noch geboten erscheint. (Diese löbliche Einsicht haben wir bei keinem der Herren Unternehmerverbändler vorausgesehen!) Die nachfolgende Schlussfolgerung: „daß man darauf bestehn und extra beschließt, es jeder Brauerei zu überlassen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ihren Leuten selbst zu regeln“, beweist eine gar wunderbare Logik im Zusammenhang des Eingangs- und Schlusssatzes des Schreibens. Die Vermirrung im vogtländischen Brauereiarbeiterverbande muß schon einen sehr hohen Grad erreicht haben, daß man das einfachste Denkvermögen einer derartigen Mißhandlung ausseht.

Die Organisation der Brauereiarbeiter geht fast und anheißt ihren Schritt vorwärts trotz Maßregelungen und Brutalitäten aller Art, wie sie in *Rodewisch* geschehen. Die vogtländischen Brauereiarbeiter werden noch einmal froh sein, mit ihr die Arbeitsverhältnisse friedlich und schiedlich am beiderseitigen Besten regeln zu können.

Die Tarifkommission der organisierten Brauereiarbeiter im Bezirke *Zwickau*.  
*Robert Müller*, Vorsitzender.

### Stimme aus dem goldenen Urm.

Am 25. April hielt der Brauereiförderverein Urm eine Versammlung ab, in welcher die bevorstehende Jahresweiche den Hauptpunkt der Versammlung bildete. Obwohl ja, wie allgemein bekannt, die Verhältnisse in Urm noch tieftraurige und noch weit gegen andere Städte zurück sind, obwohl dort noch ein Lohn bezahlt wird, welcher gewiß nicht dazu geeignet ist, einem Arbeiter ein anständiges Dasein zu ermöglichen, und



obwohl die Arbeitszeit in Ulm eine noch ganz unregelmäßige und ausgedehnte ist, obwohl da noch Mißstände herrschen, daß man bei Anheftung und Erfahrung derselben mit Grauen erfüllt wird und jedem richtig denkenden Arbeiter die Lust vergeht, dort zu arbeiten, ja Mancher lieber Zuchthausstrafen diesen Arbeitsbedingungen vorziehen würde — trotz alledem aber war in dieser Veranlassung von einem Mißstand, von einem Verlangen nach Verhütung der Arbeitszeit oder einer Verbesserung keine Spur zu hören. Es geht ihnen ja so gut, daß sie nicht Weiteres zu thun haben, als dem patriotischen Gefühl der Fahnenweibe zu huldigen. Man möchte meinen, in die höchsten Beamtenkreise verfeilt zu sein, wenn man da die Antommilinge in dieser Veranlassung betrachtete. Wie z. B. so einige Größen von diesem Brauereigenossenverein, wie Gährführer, Oberburschen, Kellermeister etc. mit einem Volkswohlwollen, mit einer erhabenen Würde, wenn gerade nicht alle mit Zylinder und Glaceehandschuhen, wohl aber man es auf den ersten Blick in ihren Augen lesen konnte: Was bin ich, was kann ich noch werden! in die Versammlung kamen. Es ist daher kein Wunder zu nennen, daß beantragte wurde, zu dieser patriotischen Fahnenweibe die Stuttgarter Kollegen nicht einzuladen, denn diese könnten die großartig ruhmreichen Erfolge, die der arbeitssfreundliche und arbeitswillige Brauereigenossenverein Ulm in letzter Zeit errungen hat, worüber man sich so besonders rühmt, beeinträchtigen. Denn die Stuttgarter Kollegen hatten vorher versucht, die Brauereiarbeiter Ulms zur Verbesserung ihrer Lage für den Verband zu gewinnen, welches ihnen aber, Dank dem Beistehen der Größen des Brauereigenossenvereins, verweigert wurde. Und so könnten die Stuttgarter auch jetzt wieder in Ulm das erhabene patriotische Fest der Fahnenweibe durch ihre sozialen Pfeilregungen beeinträchtigen. Um nun dieses schöne Fest der Fahnenweibe noch mehr zu verherrlichen, möchte ein Versammlungsbesucher von dieser Versammlung auch sein Scherzspiel dazu beitragen, wenn gerade nicht in finanzieller, so doch in geistiger Beziehung, und zwar in Form eines für die Größen des Ulmer Brauereigenossenvereins besonders passenden Sinnspuchs, welcher den Ehrenplatz in der Fahne einzunehmen verdient. Dieser Sinnspuch lautet:

Vertraum' die Zeit, verlern' das Denken,  
Und mache stets ein Schicksalgeicht.  
Lach' Dich von jedem Ochslen lenen,  
Wenn er Dich stößt, so musse nicht!  
Ein Besucher der Versammlung. D. G.

## Rundschau.

— Ein Arbeitslosenversicherungsverein ist in Belgien ins Leben gerufen, welcher sich zusammenzusetzen soll aus Mitgliedern (Stiftern), die sich zur Gewährung einer Garantiesumme von mindestens 500 Mk. oder zu laufenden Jahresbeiträgen von mindestens 5 Mk. (Höchstens) verpflichten, zum Andern aus Versicherern, die durch Zahlung von Wochenbeiträgen nach Ablauf einer gewissen Karenzzeit im Falle der Arbeitslosigkeit das Recht auf Gewährung zeitlich begrenzter Unterstützung erwerben. Von den Stiftern des Vereins sollen nahezu 100 000 Mk. in Aussicht gestellt worden sein. Die Gewerkschaften, in welchen Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt ist, sollen ihre Mitwirkung aufgefordert und auch schon innerhalb des Vorstandes nach paritätischen Grundsätzen Platz genommen haben.

— Der deutsche Metallarbeiter-Verband hatte nach seiner jetzt veröffentlichten Jahresabrechnung für 1902 am Schluß des Jahres 1902 128 842 Mitglieder, darunter 3453 weibliche, gegen Schluß des Jahres 1901 eine Zunahme von 25 937 Mitgliedern. Die Abrechnung für 1902 bilanziert mit 2 246 022,11 Mk. Vermögensbestand am 31. Dezember 1902 702 938,87 Mk. Im ersten Quartal 1903 allein beträgt die Zunahme an Mitgliedern schon wieder 12 000. Wenn wir uns über diesen erfreulichen Aufschwung freuen, so dürfen wir darüber nicht vergessen, nach Möglichkeit es dem Metallarbeiterverbande nachzutun, denn auch wir haben noch ein großes Agitationsfeld vor uns.

— „Reichs-Arbeitsblatt“ ist die arbeiterstatistische Zeitschrift, herausgegeben vom kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, betitelt. Die Nr. 1 für den Monat April ist erschienen. Dieses hat folgenden Inhalt: Die Abteilung für Arbeiterstatistik. — Arbeitsmarkt. — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. — Arbeitsbedingungen. — Arbeiterschutz. — Arbeitsstreitigkeiten. — Wohnungsweien. — Verschiedenes. — Gesetzgebung. — Die Tätigkeit der Gewergerichte. — Tabellen zur Arbeiterstatistik.

Die „Berliner Korrespondenz“ schreibt, daß es gelungen ist, für die Berichterstattung des Blattes eine umfassende Organisation zu Stande zu bringen. Nicht weniger als 1000 Stellen, darunter zahlreiche Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitern, senden der Abteilung ihre Jahresberichte, rund 4000 Krankenkassen, rund 350 Arbeitsnachweise aller Art und bis jetzt etwa 250 Einzelfirmen, Gesellschaften usw. sowie eine große Anzahl gewerkschaftlicher Vereinigungen haben sich zu einer regelmäßigen Berichterstattung bereit erklärt. Das kaiserliche Statistische Amt fand bei seinen Plänen dankenswerthes Entgegenkommen. — Das Blatt erstreckt sich, der ihm in der Denkschrift zum Reichshausstatistik-Stat. von 1902 gestellten Aufgabe gemäß, auf alle Gebiete, die mit den Verhältnissen der arbeitenden Klassen in Zusammenhang stehen, u. A. wird auch die soziale Gesetzgebung des In- und Auslandes verfolgt und, soweit zugänglich, zum Abdruck gebracht werden. Besondere Berücksichtigung findet die Bewegung des Arbeitsmarktes. Mit der in Aussicht genommenen Methode der statistischen Feststellung der Arbeitslosigkeit innerhalb der großen Fachverbände soll, wie das „Reichs-Ar-

beitsblatt“ mittelt, nicht vor Juli dieses Jahres begonnen werden, und wird dann vierteljährlich dem angehenden Material die Darstellung des Verhältnisses der arbeitlosen Mitglieder zur Gesamtheit der Mitglieder innerhalb der großen gewerkschaftlichen Verbände hingatreten.

Preis des Blattes ist, wie schon gemeldet, jährlich 1 Mk., Einzelnummer 10 Pf., durch den Buchhandel und durch alle Postanstalten zu beziehen.

— Das Reichsgericht mit der § 826 des B. G. B. Bekanntlich wurden im Sommer 1900 im Verlauf eines Streiks von 100 Metern der Reihewerke fast sämtliche Werkarbeiter Hamburgs ausgesperrt. Mit der Begründung, daß sie in Folge der unberechtigten Aussperrung für längere Zeit jeder Arbeitsgelegenheit beraubt worden seien, klagten darauf 11 Werkarbeiter gegen zwei der aussperrnden Firmen auf Schadenersatz auf Grund des § 826 B. G. B. Sie wurden vom Landgericht, vom Oberlandesgericht und jetzt auch vom Reichsgericht abgewiesen. Die Arbeiter, so sagt das Reichsgericht, üben oft die Befugnis aus, die streikenden Arbeiter mit Geld oder durch weitere Arbeitsstellen zu unterstützen und betrachten dies jedenfalls nicht als gegen die guten Sitten verstoßend; aus denselben Gründen muß es auch den Arbeitgebern freistehen, sich zu vereinigen und gegen die Arbeiter Maßregeln zu ergreifen.

— **Hitzschlag als Betriebsunfall.** Der Arbeiter J. war an einem heißen Tage einem Hitzschlag erlegen, nachdem er Vormittags am Siebessel einer Seifenfabrik beschäftigt worden war. Die Hinterbliebenen J.'s brachten den Tod mit der Arbeit in Zusammenhang und beanspruchten von der chemischen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Berufsgenossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab, weil ihrer Meinung nach hier von einem Betriebsunfall nicht die Rede sein könne. Die Kläger legten beim Schiedsgericht in Marburg Verufung ein. Es wurde festgestellt, daß am Unglückstage zur Mittagszeit im Schatten eine Temperatur von 30 Grad Celsius und Abends noch eine solche von 25 Grad herrschte. Die Zeugen, Mitarbeiter des Verstorbenen, sprachen von einem der heißesten Tage und bekundeten, daß am Siebessel, wo J. Vormittags arbeitete, die Temperatur eine unerträgliche gewesen sei und daß J. sehr geschwitzt habe. Zu dem einen Zeugen hat sich J. über die Hitze und den Dunst beklagt und geäußert, er müsse sich an die Arbeit und den Dunst im Siebdehaufe erst gewöhnen. Die Verze erklärten, daß die Ursache des Todes hier die dem Verstorbenen ungewohnte Arbeit bei großer Hitze im Siebdehaufe sei, und daß J. bei seinem Temperamente und seiner Körperfülle zu Gehirnschlägen besonders neigte. — Das Schiedsgericht verurteilte die Berufsgenossenschaft, den Hinterbliebenen die Rente zu gewähren, und das Reichs-Versicherungsamt verwarf den hiergegen eingelegten Rekurs der Berufsgenossenschaft, indem es von folgenden Erwägungen ausging: Für den Begriff des Betriebsunfalles im Sinne des Gesetzes sei ein, in einen verhältnismäßig kleinen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis erforderlich, das mit dem Betriebe in einem ursächlichen Zusammenhange stehe. Das sei aber hier der Fall. Die am fraglichen Tage herrschende Temperatur von 30 Grad Celsius im Schatten sei in dem Sudraum der Seifenfabrik in Folge der Art des Betriebes immens gesteigert worden und die Beschäftigung des Klägers in dieser durch den Betrieb mit bedingten ungewöhnlich heißen dunstigen Luft habe den Hitzschlag, dem J. erlag, herbeigeführt. Die schädliche Einwirkung auf den Körper des Verstorbenen sei auch zeitlich beschränkt gewesen, denn sie habe sich in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum weniger Vormittagsstunden vollzogen. Die Erfordernisse des Betriebsunfalles seien somit gegeben.

— Der plötzlich verschwundene Oberbrauer Hans Brattinger hat sich wieder angeeignet. In der Osterwoche soll er in Freiburg i. Br. gewesen und soll nach seiner Heimkehr gefahren sein. — Der kann uns und die Staatsanwaltschaft noch einmal foppen!

— Die Bierproduktion in Oesterreich betrug im Berichtsjahre 1899: 19 573 546, im Jahre 1900: 20 022 789, im Jahre 1901: 20 104 296, im Jahre 1902: 19 627 717 Hektoliter nach Angabe des österreichischen Finanzministers, das Betriebsjahr vom 1. September bis Ende August gerechnet.

## Verbandsnachrichten.

Am 4., 5., 6. und 7. Mai fand die statutenmäßige Generalrevision der Verbandskasse statt. Sämtliche Staffenbücher und Belege, sowie Kasse wurden für richtig befunden.

Hannover, den 7. Mai.

Der Verbandsauschuß.

J. A.: R. Goddopp, R. Neumann.

## Quittung.

Vom 4. bis 10. Mai gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Hannover 3,90. Hannover 10,—. Hannover 20,—. Elberfeld 10,—. Elberfeld 25,—. Viefelb 10,—. Mainz 116,88. Ludwigshafen 152,15. Ganzen 4,10. Marion 5,64. Hannover 1,50. Wilsdröhau 3,90. Weidmühle 11,—. Augsburg 79,51. Kassel 104,35. Bamberg 91,70. Hannover 1,20. München 1522,89. Ansbach 21,53. Freiburg i. Breisgau 123,21. Gohl 4,30. Hannover 2,20. Gr.-Lieberau 6,60. Nürnberg 3,90. Sarlois 4,20. Krefeld 41,22. Londern 1,50. Würzburg —,50. Hadeberg 82,74. Göttingen 5,10. Brüssel 14,50. Hannover 2,20. Gießen 144,55. Stuttgart 285,61. Lahr 32,30. Dittorf 26,30. Halle I 38,25. Braunschweig 40,30. Memel 63,72. Nürnberg

2,50. Osnabrück 3,90. Osnabrück 3,90. Hochheim 3,90. Wörthberg 14,10.

Für Inverate ging ein: Wöckern 2,40. München 2,—. Hannover 2,40. Wil 2,—. Hadeberg 2,—. Braunschweig 1,—. Pforzheim 2,—.

Für Abonnements ging ein: Brauereigenossenverein Wintertur 30,59. Brüssel 8,—. Brauereigenossenverein Ghr 9,67. Brauereigenossenverein Solothurn 24,—.

Material ist abgefandt: Darmstadt 1200 Markten à 30 Pf. Ludwigshafen 400 Markten à 120 Pf. Mainz 40 Mitgliederbücher und 1200 Markten à 20 Pf. Essen 300 Markten à 30 Pf. Ansbach 800 Markten à 30 Pf. Schwemningen 400 Markten à 30 Pf. Berlin II 200 Mitgliederbücher. Wörthberg 10 Mitgliederbücher, Schönebeck 50 Mitgliederbücher. Nürnberg 50 Mitgliederbücher und 6000 Markten à 30 Pf. Hadeberg 400 Markten à 30 Pf.

Abrechnungen für das 1. Quartal sind eingefandt: Darmstadt, Ludwigshafen, Mainz, Bamberg, Augsburg, Ansbach, Döbeln, Essen, Kempten, Bremen, Oldenburg, Krefeld, Elberfeld, Dittorf, Hadeberg und Memel.

Verichtigung. In den in letzter Nummer quitierten Beträgen muß es zu Pforzheim 110,77, statt 110,75, heißen.

## Schweizerischer Brauereiarbeiter-Verband.

Quittung. Im April ging bei der Zentralkasse ein für Monatsbeiträge: Basel 11,— (Unterst. 35,—), Bern 71,— (U. 38,—), Chaux de Fonds 59,—, Ghr 21,60 (U. 7,—), Genf 42,— (U. 5,—), Lausanne 36,—, Rheinfelden — (U. 20,—), Neuchâtel 27,—, St. Gallen 33,— (U. 7,—), Winterthur 59,— (ohne Abrechnungsschein I), Wil 13,10 (Rechtschuh 6,90), Zürich 43,— (U. 51,—), Langenthal 12,—, Thun (pro März) 18,— (U. 5,—), Wil 5,—.

Für Jahresberichte: Ghr 6,—, Genf 9,—, Neuchâtel 4,—, Wil 5,—.

Für Mitglieds-B.: Basel 20,—, Bern 30,30, Chaux de Fonds 24,—.

Für den Kampffonds: Ghr 4,60, Wil —,70, Zürich 5,60, Bern, 8. Mai 1903.

## Der Zentralvorstand.

\* Freiburg i. B. Kostenlos vermitteln Stellen für Brauer und Küfer der städtische Arbeitsnachweis in Freiburg und der Wirth Karl Pfingger.

\* Amsterdam. Vertrauensmann für die nach Amsterdam reisenden Mitglieder ist J. W. E. J. A. M. S. t. e. r. a. m., P. O. -No. 89.

\* Brüssel. Vertrauensmann für die nach Brüssel reisenden Mitglieder ist F. K. A. L. L. e. r, K. o. c. k. e. l. b. e. r. g. bei Brüssel, Rue de la Station 3.

## Todtenliste.

Zahlstelle Aschaffenburg. Nach langem Leiden verschied am 16. Mai an der Proletariertkrankheit unser Verbandsmitglied B. e. n. e. d. i. c. e. l., Altbrauer. Ihre seinem Andenken.

## Briefkasten.

E. N. Frage 1. Gewiß, bis zu 5 Stunden, außer an den drei ersten großen Feiertagen, wenn nicht die Dauer der Beschäftigung durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde zc. auf kürzere Zeit beschränkt oder ganz unterjagt ist, und das dürfte nicht der Fall sein. Uebrigens siehe § 105 b Abs. II der R.-G.-Ordn., welcher auch auf die „Geschäften“ in Fabrikkomptoiranwendung findet. Frage 2. Das ist eine ganz neue Materie, darüber haben wir noch keine gerichtliche Entscheidung, ob der Kranke, der laut Vereinbarung nach § 616 die ersten drei Tage den Lohn erhält, Anspruch auf die als Lohnanteil geltende W i e t h s e n s c h a d i g u n g für die Woche zu beanspruchenden hat. Sind die bei Krankheit bezahlten Tage die letzten in der Woche, dann ohne Zweifel, sind es die ersten in der Woche, dann mindestens die Hälfte u. s. w., also bei jedem Tag weiter in der Woche einen Tagesanteil mehr. Bei nicht klarer Bestimmung der Vereinbarung und im Streitfall rufst das Gewerbegericht an.

Lohje = Halle. Das Dir angelandte Formular behalte dort.

## Versammlungsanzeigen.

Berlin I. (Brauer.) Sonntag, den 17. Mai, im „Gewerkschaftshaus“.

Wochm. Sonntag, 17. Mai, 3 Uhr, in der „Lohhalle“, Bongardstraße 17: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Brauer-Hannover. Zahlreicher Besuch, auch von Seiten der Bundesmitglieder, wird erwartet. Der Bundesvorsitzende ist schriftlich eingeladen.

Chemnitz. Sonntag, 17. Mai, 2 1/2 Uhr, in der Feldschloßchen-Brauerei, Kappel. Agitare Jeder für guten Besuch.

Darmstadt. Sonntag, 17. Mai, 1 Uhr, im Schaffer'schen Lokal, Schulzengasse.

Essen. Die Versammlung am 16. Mai findet nicht statt.

Frankfurt a. M. Sonntag, 17. Mai, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Behr, Sainerweg 56/60. Vortrag. Kassenbericht. Die Mißstände in der Brauerei Kempf.

Halle. (Sektion I.) Sonnabend, 16. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Faulmann, Unterberg 12. Volljährig erscheinen!

Koblenz. Sonntag, 17. Mai, Nachmittag, Zusammenkunft der Kollegen von Koblenz, Andernach, Niedermerzig, Neuwied, Weibenzheim in Andernach im Restaurant Koch, Koblenzstraße.

Kottbus. Sonntag, 17. Mai, Vorm. 11 Uhr, bei Müller, Behrstraße. Erscheinen Aller wird erwartet.

Pforzheim. Sonnabend, 16. Mai, beim Kollegen Meyer.

Reutlingen. Sonnabend, 16. Mai, 8 1/2 Uhr, bei G. Böhler, Dinter der Fruchthalle.

Weimar. Sonnabend, 16. Mai, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Wir ersuchen dringend um die Adresse oder das Verbleiben des Kollegen Herm. Frik aus Billalangen, Baden; derselbe hielt sich letztes Jahr im Juli und August in der Gerberge zu Düsseldorf auf, nachdem er vorher einen Unfall in Kempten, Bayern, erlitten hat.

Schweiz. Brauereiarbeiter-Verband, Sect. Winterthur.

In sämtliche Kollegen richte ich die dringende Bitte, mir den Aufenthalt der Brauer Franz Mayer, Valentia Holzappel, beide zuletzt in St. Wendel, und Hermann Bolzer, zuletzt in Kaiserslautern, mitzutheilen.

Georg Reim, St. Johann, Zutterstr. 17.

Reich. a. Brauerei-Brauer mit Mälzerei, Seltzerwasser-Fabrikation, Cideler, Lager-Bier-Betrieb sofort zu verpacken. Off. mit „Brauer“ an die Exped. des „Rohrener Allgemeinen Anzeiger“.

Um die Adresse des Brauers Liebermann ersucht R. Wiohle, Gewerkschaftsbüro, Braunschweig.

## Für Kollegen!

Nachweislich gutgehende Mineralwasser - Fabrik und Bierhandlung in Magdeburg an tüchtigen Kollegen für 8000 Mk. (mit totem und lebendem Inventar) sofort zu verkaufen. Brauerei unterliegt mit 2500 Mk. Offerten mit „Magdeburg“ an die Exped. d. Zig. erbeten.

Zur stattgefundenen Hochzeitfeier am 7. Mai unserm Verbandskollegen Nikolaus Birk und seiner lieben Frau, geb. Ringler, nachträglich die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen von St. Gallen u. Umgegend.

## Drucksachen aller Art

Börnke & Löber, Hannover, Burgstraße 9.

## Fr. Stubenböck sen.

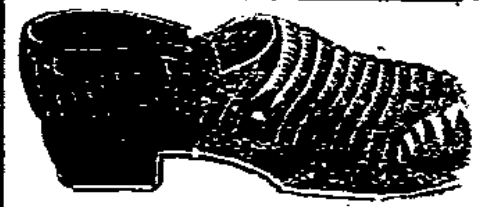
Schneidermeister, München, Frauenstr. 23, neben der Handelsschule.

Beehre mich, mein ältest-renommiertes Spezial-Masengeschäft für Brauer (durch vortheilhaftesten Engros-Einkauf besser, neuester Stoffe, keine Wadenmische, alles selbst aufzuheben und persönliche Leitung meines Geschäftsführers) in empfehlende Erinnerung zu bringen. Gemäß Lohnzahlung nach Tarif (mit entsprechender Abweigung bei billigen Sachen) wird für stets neueste, gute Façon und beste Arbeit garantiert.

Zucker-, Nieren-, Blasen-, Kranke geheilt durch Liboriquelle. Prosp. u. Broch. 60 Pf. in Brsm. 25 Fl. = Mk. 10, 50 Fl. = Mk. 20 excl. Packg. Nachnahme. Liboriss-Brunnens-Contor, Paderborn.

## Joh. Dohm

Spezialgeschäft für Bierbrauer, Kiel, Winterbekerstraße 12, empfiehlt in bekannter Güte: Normal-u. bunte Hemden, Unterhosen, Socken, extra starke Holzschuhe, Plüschschuhe, Mälzerpantoffeln, Seiden- und Leinwand, Arbeitschoppen u. Toppen, Handkoffer, gr. Koffer, Bierträge usw. — Neue Preisliste gratis. —



## C. R. Wittber

Chemnitz, Müllerstr. 28, Fabrikant der altbekannten Chemnitz Holzschuhe und Mälzer-Pantoffeln mit Doppel-Filzsohlen und Doppel-Ledersohlen.

Dem Kollegen Fritz Hoffmann und seiner lieben Frau, Fr. Hermine Braun, zu der am 16. Mai stattfindenden Hochzeitfeier die herzlichste Gratulation.

Zahlstelle Braunschweig.

Jam fünfundsanzig-jährigen Dienstjubiläum unserm Kollegen und Verbandsmitgliede

## Gallmeyer

nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Bierfahrer der Städtischen Lagerbier-Brauerei, Hannover.

## Erklärung.

Unterzeichneter nimmt hiermit die Beleidigung gegen Karl Beese zurück und erklärt ihn als Ehrenmann. H. Maier, Sektion Ghr.

Unsern werthen Braumeister Herrn Anton Jand und seiner lieben Frau, Fr. Auguste Hans, zu der am 17. d. Mts. stattfindenden Vermählung die besten Glückwünsche.

Das Präsesional der Brauerei „Zum schwarzen Bären“, Weisenaus-Mainz.

Unserm früheren Schriftführer, jetzigen Braumeister Herrn Anton Jand und seiner lieben Frau, Fr. Auguste Hans, zu der am Sonntag, den 17. d. Mts., stattfindenden Vermählung die besten Glückwünsche.

Die Zahlstelle Mainz.

## Danksgiving.

Den Verbandskollegen der Zahlstelle Pforzheim sagen wir innigsten Dank für die herzlichen Glückwünsche und reichlichen Geschenke zur stattgefundenen Hochzeitfeier. Engelbert und Marie Ruhn, Pforzheim.